

# Maßnahme gegen Damaskus

Syrien: Grenzüberschreitende Hilfslieferungen an Dschihadisten werden weitere sechs Monate fortgeführt. Regierung fordert deren Einstellung. **Von Karin Leukefeld**

Der UN-Sicherheitsrat hat am Dienstag die grenzüberschreitenden Hilfslieferungen aus der Türkei in die nordwestsyrische Provinz Idlib über den Grenzübergang Bab Al-Hawa verlängert. Nachdem Russland zunächst ein Veto gegen eine Fortsetzung um ein Jahr eingelegt hatte, weigerten sich die westlichen Vetomächte Frankreich, Großbritannien und die USA wiederum bis zuletzt, die von Moskau vorgeschlagene Verlängerung von sechs Monaten anzunehmen. Letztendlich einigte sich der Sicherheitsrat jedoch auf Hilfslieferungen bis zum 10. Januar 2023, auch dank der Enthaltung von Paris, London und Washington. Die übrigen zwölf Länder im UN-Gremium stimmten dafür. Um die Maßnahme erneut zu verlängern, muss eine neue Resolution beschlossen werden.

Grenzüberschreitende Hilfslieferungen sind nur mit einer vom UN-Sicherheitsrat autorisierten Ausnahmeregelung möglich, da die Maßnahme die Souveränität des betroffenen Landes, in diesem Fall Syrien, außer Kraft setzt. Die Ausnahmeregelung sieht vor, dass Damaskus keine Möglichkeit hat, die Lieferungen über seine Grenze zu kontrollieren. Die Maßnahme widerspricht dem Völkerrecht, laut dem humanitäre Hilfen von außerhalb in einen souveränen Staat mit diesem koordiniert werden müssen. Die einzigen, die sich in Syrien daran halten, sind UN-Hilfsorganisationen und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz.

Erstmals wurde die Ausnahmeregelung der grenzüberschreitenden Hilfe in Syrien 2014 für vier Übergänge beschlossen. Damals herrschte in weiten Landesteilen Krieg, weshalb Hilfslieferungen nicht alle Gebiete erreichen konnten. Dass die syrische Armee im Dezember 2016 die Kontrolle über die Wirtschaftsmetropole Aleppo wiedererlangte, beruhigte die militärische Lage weitgehend. Allerdings gibt es mit Idlib im Nordwesten, mit Asas und Al-Bab im Norden sowie im Nordosten Syriens weiterhin Gebiete, die nicht oder nur teilweise unter der Kontrolle von Damaskus stehen.



In jeder Hinsicht abhängig von der Türkei: Lieferungen aus Ankara bei Kafr Yahmoul (21.2.2022)

Im Nordosten befinden sich US-Truppen, Öl, Weizen und Baumwolle werden von den mehrheitlich kurdisch-arabischen Syrischen Demokratischen Kräften (SDK) kontrolliert und verkauft. Gebiete im Norden und im Nordwesten werden von dschihadistischen Kampfverbänden kontrolliert, die vom NATO-Staat Türkei unterstützt werden. Ankara bemüht sich dabei auch darum, verschiedene Gebiete zu »türkisieren«.

Von den ehemals vier Grenzübergängen bleibt nun nur noch Bab Al-Hawa, über diesen dürfen Hilfslieferungen ausschließlich nach Idlib und in die von der Türkei kontrollierten Gebiete gelangen. Idlib wird von Haiat Tahrir Al-Scham (HTS, Komitee zur Befreiung der Levante) bzw. von einer »Regierung«, die von HTS eingesetzt wurde, kontrolliert. Die HTS ist die Nachfolgeorganisation der Fatah-Al-Scham-Front, die sich als »syrischer Arm von Al-Qaida« bezeichnete. Die UNO sowie zahlreiche Staaten haben HTS als Terrororganisation gelistet. Dass sich die HTS an den

Hilfslieferungen bereichert und die Hilfen nach Idlib die Souveränität Syriens verletzen, sind die maßgeblichen Gründe für den Streit in der Frage zwischen den westlichen Vetomächten einerseits und Russland und China andererseits.

Die syrische Regierung fordert die Einstellung der Lieferungen über Bab Al-Hawa. Statt dessen soll Hilfe in Zukunft wie vom humanitären Völkerrecht vorgesehen über Damaskus koordiniert und im Land verteilt werden. Eine weitere Forderung Syriens und seiner Verbündeten ist die Einhaltung aller vorgesehenen Beschlüsse der im vergangenen Jahr verabschiedeten UN-Resolution 2585. Diese bekennt sich ausdrücklich zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Integrität Syriens. Auch sollen die Bemühungen für frontlinienüberschreitende Hilfslieferungen ebenso verstärkt werden wie die »Unterstützung bei der Wiederherstellung notwendiger Versorgung mit Wasser, sanitären Anlagen, Gesundheit, Bildung und Wohnen«. Dazu gehört auch ein

regelmäßiger Bericht des UN-Generalsekretärs über die grenzüberschreitenden Lieferungen.

Diese Hilfe für »early recovery projects« – Projekte zur zügigen Wiederherstellung ziviler Infrastruktur – soll nach Angaben von UN-Generalsekretär António Guterres mehr als »ein Viertel« der von der UNO beantragten Syrien-Hilfen betragen. 4,4 Milliarden US-Dollar sind dafür geplant. Mit 5,6 Milliarden US-Dollar sollen syrische Flüchtlinge in der Region und deren Aufnahmestaaten unterstützt werden.

Es sei wichtig, »Bedingungen zu schaffen, die eine freiwillige, sichere und würdige Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen« ermöglichen, sagte Guterres am 20. Juni im UN-Sicherheitsrat. Die Programme zur Wiederherstellung von Krankenhäusern, Schulen, Wasserversorgungsanlagen und grundlegender Infrastruktur würden Arbeitsplätze schaffen, so dass die Menschen wieder Geld zur Versorgung ihrer Familien verdienen könnten.

## ■ Hintergrund »Humanitäre Intervention«

Der vom UN-Sicherheitsrat für sechs Monate verlängerte grenzüberschreitende Mechanismus (CBM) zur Lieferung humanitärer Hilfe aus der Türkei ist nicht für Syrien, sondern ausschließlich für den Teil der nordwestsyrischen Provinz Idlib gedacht, der von Haiat Tahrir Al-Scham (HTS) und der Türkei kontrolliert wird. Das Gebiet ist für den Westen und für die Türkei von strategischer Bedeutung.

Unter der Vorgabe, humanitäre Hilfe zu leisten, passieren Lastwagen ausländischer Organisationen die Grenze nach Syrien, ohne dass sie von der Regierung in Damaskus kontrolliert werden können. Zahlreiche dieser Organisationen werden von ihren jeweiligen Herkunftsstaaten finanziert und nehmen direkten Einfluss auf die gesellschaftlichen und politischen Strukturen eines souveränen Staates, der militärisch, diplomatisch, wirtschaftlich, juristisch und mit Sanktionen von den jeweiligen Geberländern bekämpft wird.

Die humanitäre Hilfe in Idlib soll die Menschen, die seit Jahren ohne Perspektive unter unverändert prekären Bedingungen in Lagern leben, davon abhalten, über die Türkei in Richtung Europa zu fliehen. Statt dessen sollen sie »resilient«, widerstandsfähig gemacht werden und es als Aufgabe begreifen, unter den schwierigen Bedingungen zu leben. Dafür werden sie mit Hilfe »belohnt«. Kinder und Jugendliche werden in vom Ausland finanzierten Schul- und Ausbildungsprojekten von ihrem Heimatland Syrien und seiner Gesellschaft entfremdet. Die Rückkehr dieser Menschen in ihre Heimatorte in anderen Teilen des Landes ist nicht vorgesehen.

Als »Partner« der westlichen Organisationen werden syrische Organisationen im Operationsgebiet finanziert. Dabei stärkt die direkte und indirekte Kooperation mit Islamisten diese politisch und finanziell und fördert die Spaltung Syriens. (kl)

## Westen tritt nach

Syrien: Sechsmonatige Verlängerung der Hilfen offenbar nicht genug. Kritik an Moskau und Damaskus

Die sechsmonatige Verlängerung der grenzüberschreitenden Hilfe für Idlib im UN-Sicherheitsrat hat bei westlichen Staaten und Hilfsorganisationen für Kritik gesorgt: Russland habe sich durchgesetzt, weswegen nun die Planungssicherheit für die Wintermonate in Syrien gefährdet sei, hieß es. Sowohl das Regionalforum Syrien (SIRF) als auch das Nordwestsyrien-NGO-Forum forderten am Mittwoch eine rasche Entscheidung über die Fortsetzung der grenzüberschreitenden Lieferungen nach Januar 2023. Die SIRF vertritt sage und schreibe 73 syrische und internationale NGO, die in Idlib arbeiten. Beim NGO-Forum ist die Zahl der Organisationen nicht bekannt, dafür aber, woher die Gelder kommen: etwa vom Europäischen Amt für humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz, dem

britischen Außenministerium sowie aus Irland und der Schweiz.

Die Schweizer Organisation CARE teilte mit, es sei eine »unnötige Belastung für die Menschen, da die syrische Bevölkerung (...) in den harten Wintermonaten ohne Hilfe« dastehen könnte. Die Deutsche Welthungerhilfe – die überwiegend durch Regierungsgelder, vom Welternährungsprogramm (WFP) und der EU-Kommission finanziert wird – kritisierte, die Entscheidung verschärfe »den Kreislauf der ständigen Vorratshaltung und Notfallplanung zu einer Zeit, in der der Bedarf an humanitärer Hilfe größer denn je« sei.

Die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Linda Thomas-Greenfield, erklärte, die USA hätten sich bei der Abstimmung enthalten, weil Russland das Mandat »als Geisel genommen« habe. Der Ansatz der

USA sei, »anders als der von Russland, von humanitären Bedürfnissen geleitet«, so die Botschafterin. »Kinder werden frieren, Menschen werden verhungern, Menschenleben stehen auf dem Spiel.« Washington habe aber kein Veto eingelegt, weil sechs Monate Hilfslieferungen »besser als nichts« seien. 2021 habe die UNO nämlich monatlich 800 Lastwagenlieferungen in den Nordwesten Syriens gebracht und 2,4 Millionen Menschen pro Monat erreicht.

Der stellvertretende russische UN-Botschafter Dmitri Poljanski erklärte, die Welt bestehe nicht nur aus westlichen Staaten. Es sei an der Zeit, dass Washington, London und Paris anfangen, die Interessen anderer Länder zu respektieren, besonders diejenigen, auf die sich die Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates in erster Linie

auswirkten, in diesem Fall Syrien. Laut Moskau seien die Berichte des UN-Generalsekretärs bezüglich der grenzüberschreitenden Hilfslieferungen nicht ausreichend. Es sei nötig, die frontlinienüberschreitenden Hilfslieferungen auszubauen und alle Hindernisse zu beseitigen, die im Zusammenhang mit Corona durch einseitige Sanktionen bestünden. »Wir müssen dieses Problem in Syrien lösen, damit die Geber mehr Möglichkeiten haben, in frühzeitige Wiederaufbauprojekte in Syrien zu investieren.«

USA und EU weisen bisher jede Unterstützung für den Wiederaufbau in Syrien zurück. Auch die Aufhebung der einseitigen wirtschaftlichen Strafmaßnahmen ist in Washington und Brüssel nach wie vor ausgeschlossen. Dabei erklärte die UN-Sonderbericht-erstatlerin für die Auswirkungen von

einseitigen wirtschaftlichen Strafmaßnahmen, Alena Douhan, bereits im Dezember 2020 im UN-Sicherheitsrat, die Maßnahmen verletzten die Menschenrechte und verhinderten den Wiederaufbau und die Rückkehr der Flüchtlinge in Syrien.

Der ehemalige UN-Botschafter Deutschlands und aktuell Leiter der »Münchner Sicherheitskonferenz«, Christopher Heusgen, sprach sich im Juni bei einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung offen gegen den Wiederaufbau ziviler Infrastruktur im Rahmen von frühzeitigen Wiederaufbauprojekten in Syrien aus. Man dürfe keinesfalls mit Damaskus oder Moskau zusammenarbeiten, war Heusgens Sicht auf die Dinge. Wiederaufbau von Schulen und Häusern käme nur denen zugute, die Assad ausgesucht hätte.

Karin Leukefeld